

Mehr als eine Füllung für das Sommerloch

PETER RABL über die notwendige breite
Diskussion über die Generationen



Man kann natürlich die zaghaften Ansätze einer österreichischen Diskussion über die drohende Gerechtigkeitslücke zwischen den Generationen als Füllmaterial für das mediale „Sommerloch“ abtun (übrigens deshalb schon kurzfristig, weil sich gerade der Sommer für grundsätzlichere Diskussionen jenseits der tagespolitischen Hektik eignet).

Wer so – wie ein ansonsten sehr kluger Gastkommentator dieser Tage in der *Presse* – argumentiert, übersieht freilich die zunehmend heftige Debatte in Deutschland mit seinen vergleichbaren Problemen.

Und wer den, sprechen wir es doch aus, drohenden Generationenkonflikt negiert, hat einige inländische Nachrichten der vergangenen Tage überlesen.

Vermeldet wurde mit knapp über 2 Millionen ein neuer Rekord an Pensionisten. Dem stehen nur noch etwa 3,6 Millionen Erwerbstätige gegenüber. Diese Verschiebung hin zu relativ immer mehr Pensionisten wird sich durch die Beseitigung der Frühpension für fast alle (außer Bundesbahn und ähnliche staatsnahe Problem-Unternehmen) vorübergehend abschwächen.

Dann kommen auf immer älter und damit wieder mehr werdende Pensionisten immer weniger neu in das Erwerbsleben und damit in den Status der Beitragszahler nachrückende Junge.

Kein Wunder also die zweite aktuelle Nachricht zum Thema. Für den Pensionsexperten Bernd Marin ist die jüngste große Pensionsreform in spätestens acht Jahren nicht mehr ausreichend. Dann werde eine „Pensionistensteuer“, also ein spürbares Opfer von Beziehern hoher Pensionen, notwendig. Sonst würde die Belastung für die Beitragszahler und/oder das Budget und damit die Steuerzahler unerträglich.

Auf Deutsch: Das Versprechen, in bestehende Pensionen nicht einzugreifen, wird die nächste Politiker-Generation, welcher Partei immer, nicht mehr halten können.

Schließlich kam erst am Donnerstag eine internationale Untersuchung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) über die Einkommenskurve öffentlich Bediensteter. Demnach verdienen etwa AHS-Lehrer am Beginn ihrer Laufbahn relativ wenig, ihr erreichbares Jahres-Höchstgehalt von mehr als 60.000 Euro liegt aber um ein Drittel über dem OECD-Durchschnitt.

Was für Lehrer gilt, betrifft alle Beamten. Erstens ist ihre Lebensverdienstkurve einfach falsch. Als Junger braucht man für Hausstandsgründung und Kindererziehung wesentlich mehr als ein Senior mit 60 Jahren.

Politisch relevanter aber ist zweitens, dass sich Beamtenpensionen am Letztbezug orientieren. Die kommende Angleichung der Pensionssysteme wird daher in diesem Sektor keine großen Übergangszeiten zulassen. Das bedeutete lang dauernde Ungerechtigkeiten gegen bestehende und kommende ASVG-Pensionisten.

Diese und andere Debatten – etwa die um Umfang und Kosten von Krankenbehandlung und Pflege – sind zwischen und innerhalb der Generationen fällig.

Und das nicht nur im Sommerloch.

► eMAIL: peter.rabl@kurier.at